

Wir müssen jetzt in die Zukunft investieren

Haushalts-Urteil des Bundesverfassungsgerichts: „Die Folgen der Sperrung“, FR-Politik vom 23. November

Volk und Wirtschaft sind extrem verunsichert

Der November trägt den Trauerflor (Erich Kästner). Damit meine ich nicht nur die zwei schrecklichen Kriege (Ukraine und Nahost), sondern auch das, was am 15.11. in Deutschland geschehen ist: Das Bundesverfassungsgericht hat der Ampelkoalition durch sein Urteil 60 Milliarden entzogen, die für Wirtschaftsförderung und klimaneutrale Transformation vorgesehen waren. Damit ist das ganze Konzept zweijähriger Arbeit beerdigt. Eine Umschichtung des Haushaltes wird schwer sein, vielleicht sogar unmöglich.

Was werden die Folgen sein? Volk und Wirtschaft sind extrem verunsichert und fordern in den sozialen Netzwerken den Rücktritt der Regierung und Neuwahlen. Deutschland wird die Klimaziele nicht einhalten können.

Die CDU hatte den Antrag beim Bundesverfassungsgericht gestellt, sicher nicht ohne Hintergedanken. Kommt es zu Neuwahlen, wird sie, nach derzeitigem Stand, als Sieger hervorgehen. Die Grünen werden abstrühen und eventuell auch die FDP, und wir werden wieder eine Groko haben – ein Rückschritt in alte Zeiten. Nur sind die Zeiten nicht mehr die gleichen.

Begründet wird das Ganze mit einer verfassungswidrigen Umschichtung schon bewilligter, aber nicht benötigter Kredite in ein anderes Resort. Auf Einhaltung der Schuldenbremse wird gepocht. Ja, wir können unseren Kindern nicht hohe Schulden hinterlassen. Wir können ihnen aber auch nicht eine kaputte Umwelt und teure Folgen des Klimawandels hinterlassen.

Jeder private Haushalt verwendet Geld, das er für einen bestimmten Zweck angespart hat, für eine andere Ausgabe, wenn es für den vorgesehenen Zweck nicht mehr gebraucht wird. Das ist zeitlich nicht begrenzt. Ein Beispiel sind Bausparkredite. Die Praxis in Staats Haushalten, wo genehmigte, zweckgebundene Haushaltsgelder verfallen, wenn sie nicht in einem Kalenderjahr ausgegeben

werden, habe ich 40 Jahre lang kennengelernt und noch nie verstanden.
Rosemarie Pfeiffer, Gelnhausen

Karlsruhe beschert uns kein frohes Fest

Dass Karlsruhe ein Gesetz für nichtig erklärt und die 60 Milliarden Euro sofort auf 0 Euro streicht, ist bisher einmalig. Einige haben das für möglich gehalten. Einen Plan B hatte die Ampel nicht in der Schublade, obwohl zwei Jahre Zeit dafür vorhanden waren.

Nun geht der Streit weiter zwischen FDP – weiter sparen – und SPD – Schuldenbremse für zwei Jahre aussetzen. Die Grünen wollen das Klima retten und die energieintensive Wirtschaft unterstützen. Die Förderung und Ansiedlung von Chipfabriken in Ostdeutschland wird für unverzichtbar gehalten.

Wir haben nun leider im Haushalt 2024 und folgende Jahre ein ernsthaftes Finanzproblem. Und wir haben ein Steuereinnahme-Problem: Bei Minuswachstum kann man eben nicht mehr Steuern einnehmen.

Dass der Klima und Transformationsfonds nun erheblich unter Druck steht, ist klar. Dass diese Finanzmittel in erster Linie dem Klima zu Gute kommen sollten, ist eigentlich selbstverständlich. Die FDP schließt eine Steuererhöhung aus. Der Strompreis wird durch den Emissionshandel für die Verbraucher sicher die nächsten Jahre weiter steigen. Karlsruhe beschert uns allen kein frohes Weihnachtsfest.
Thomas Bartsch Hauschild, Hamburg

Kürzungen auf Kosten des sozialen Bereichs

Die von Finanzminister Lindner demonstrativ hochgehaltene Schuldenbremse hat er selber mit den „Sondervermögen“ genannten Schulden in Höhe von 300 Milliarden Euro (Corona und Rüstung) umgangen. Jetzt will er sie strikt einhalten, auf Kosten von Kürzungen fast im gesamten sozialen Bereich. Dabei könnte er die Steuereinnahmen leicht erhöhen: Die Vermögenssteuer steht sogar im Grundgesetz. Das Verfassungsge-

richt hat nur die zu geringe Bewertung von Grundvermögen bei der alten Festsetzung der Vermögenssteuer für verfassungswidrig erklärt. Eine progressive Besteuerung von hohem Vermögen über 20 Millionen würde ihm über 50 Milliarden bringen. Das Dienstwagenprivileg kostet den Staat jährlich über fünf Milliarden, hilft fast ausschließlich Wohlhabenden und schadet der Umwelt. Kerosin wird nicht besteuert. Aber solche Änderungen sind für unseren Finanzminister des Teufels.

Erinnert sei daran, dass die USA unter Präsident Roosevelt durch die Einführung eines Sozialstaates, einem Spitzensteuersatz für sehr hohe Einkommen von 79 Prozent und Erbschaftsteuersatz von 77 Prozent am schnellsten aus der Weltwirtschaftskrise und den Kosten des Zweiten Weltkrieges herausgekommen sind. Das half im Endeffekt auch den Reichen!

Lindner vergisst, dass uns jeder Euro, der zur Verminderung der Klimaschäden ausgegeben wird, in Zukunft ein Vielfaches an Kosten für die Beseitigung der Schäden durch den menschengemachten Klimawandel erspart. Das wäre die beste Investition in die Zukunft und würde den folgenden Generationen Leid und Kosten ersparen.
Wolfgang Jeensch, Büdingen

Wie Deutschland sich wieder was leisten könnte

Eigentlich – so schreibt der Michi Herl immer – eigentlich ist das alles gar nicht so schwierig: Wenn man die, die viel haben, gerecht besteuert, eine ordentliche Erbschaftssteuer einrichtet und dann noch das Kerosin so besteuert wie den Dieselmotortreibstoff, den ich tanke – ja, dann sind die 60 Milliarden locker drin. Und wenn man all die großen Steuervermeider zur Kasse bittet, kann sich Deutschland auch wieder Krankenhäuser, Schulen und andere soziale Einrichtungen leisten, auch wenn das dem Finanzminister gar nicht gefällt. Und obendrein eine funktionierende Bahn!
Gerhard Schlesinger, Eppstein

Diskussion: frblog.de/ktf



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/f20231128

FR ERLEBEN

Bascha Mika ist zu Gast in der Mittagssendung von Deutschlandfunk Kultur.
Mittwoch, 29. November, 12 Uhr
Deutschlandfunk Kultur
Studio 9, Der Tag

Claus-Jürgen Göpfert stellt sein neues Buch vor: „Wer nicht hören will, wird bestreikt!“ Mit Gästen; Eintritt frei.
Sonntag, 3. Dezember, 11 Uhr
Haus am Dom, Domplatz 3, Frankfurt

Claus-Jürgen Göpfert spricht mit dem Historiker Peter Brandt über sein neues Buch „Eine kurze Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“. Eintritt frei.
Montag, 4. Dezember 2023, 19 Uhr
Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5 Frankfurt

Tobias Schwab moderiert die Online-Diskussion „Faire Rohstoffe – klima- und menschengerecht“ mit Robert Gampfer (Klima- und Energie-referent der EU-Kommission), Michael Reckordt (Powershift e. V.) und Carsten Waldeck (Shift). Eine Veranstaltung des Evangelischen Dekanats Dreieich-Rodgau, des Kreises Offenbach und von Europe Direct Relais Rhein-Main. Den Link zur Veranstaltung gibt es nach Anmeldung auf: europe-direct@kreis-offenbach.de

Montag, 11. Dezember, 18.30 Uhr

Soziale Schwäche

Kolumne: „Weniger ist mehr“, FR-Meinung vom 21. November

Den meisten Herl-Kolumnen kann man rundum zustimmen, so auch der vom 21.11. zur erhellenden Oxfam-Untersuchung. Irritiert hat mich allerdings seine Wortwahl, Menschen in prekären Verhältnissen als „sozial schwach“ zu bezeichnen, eine Formulierung, die einfach nicht totzukriegen ist.

Wer sich auf die Suche nach sozial Schwachen begibt, muss eigentlich unweigerlich bei den Reichen und Superreichen landen, mal abgesehen von den wenigen „Tax-me-now“-Vertretern dieser Spezies. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang eine Studie des Soziologen Steffen Mau, der 20 bis 30 Prozent unserer Gesellschaft, natürlich denen am unteren Ende der Einkommenskala, schon jetzt weitgehende Klimaneutralität bescheinigt, so der Oma in Brandenburg, die sich aus dem eigenen Garten versorgt, selbst wenn ihr Haus ungedämmt ist und sie mit Öl oder Holz heizt.

Dass diese Tatsache nur eingeschränkt den Weg in die Öffentlichkeit findet und auch von der Politik ignoriert wird, ist sicher dem übergroßen Einfluss der oberen 20 Prozent in diesem Lande zuzuschreiben. Wie diese ticken, hat der Elitenforscher Michael Hartmann überzeugend dargelegt, nämlich frei von Selbstzweifeln und der Bereitschaft, sich entsprechend ihres immensen Beitrags zur Klima-Erwärmung einzuschränken.

Solange diese von Union, FDP und leider auch Teilen der Grünen vor größerem Ungemach geschützt werden, bleibt die Klimadebatte weit hinter dem Notwendigen zurück.
Rainer Boos, Frankfurt

Nicht mehr normal

Tarifstreit Bahn/GDL: „Legitimer Streik“, FR-Meinung vom 16.11.

Könnt Ihr eigentlich auch mal eine Debatte anfangen kontra der horrenden Lohnforderungen bei Bahn, öffentlichem Dienst usw.? Es ist doch langsam nicht mehr normal und absolut nicht gerechtfertigt, was da gefordert wird. Zehn Prozent Lohnerhöhung, Inflationsprämie usw. Die Ottonormalarbeiter sind froh, wenn sie mal zwei bis fünf Prozent Lohnerhöhung erhalten, und das nicht mal alle zwei Jahre. Ich finde es einfach unfair der großen Masse gegenüber. Weiterhin ist die Bahn mit Milliardenverlusten unterwegs, genauso wie viele öffentliche Bereiche. Der Mittelstand darf am Ende die Steigerungen alle mitbezahlen. Kurzum: Ich wünsche mir auch mal mehr Kritik in den Medien zu den überzogenen Tarifforderungen. Viele Menschen müssen deutlich härter für ihr Geld arbeiten und sind frustriert über solche Veröffentlichungen.
Sebastian Drobke, Drebkau

Die vornehmste Aufgabe der Schule

Leitartikel: „Humanes Interesse“, FR-Meinung vom 14. November

„Wen ich kenne, dem höre ich zu. Wem ich zuhöre, für den entwickle ich vielleicht Verständnis.“ So schreibt Thomas Kaspar zutreffend wie eindrücklich zur Dringlichkeit gegenseitigen Kennens – aus Anlass der beabsichtigten Kürzung der Mittel für den Austauschdienst! Bei mir hat dies einmal mehr die Frage ausgelöst, warum solche Aussagen nicht für unsere gesellschaftliche Reproduktionsanstalt „Schule“ gelten, warum stattdessen die Kinder erleben müssen, wie sie nach Noten eingordnet und in Schulformen separiert werden. Damit verlieren sie den Kontakt

untereinander, bevor sie lernen konnten, mit Unterschieden der Menschen aus unterschiedlichsten Lebensverhältnissen „human“ und demokratisch umzugehen. Sie verlieren sich aus den Augen, schreiben sich selbst und den anderen unterschiedliche Wertigkeiten zu – in unserem eigenen Land! Und wir wundern uns, dass der Zusammenhalt in unserer Gesellschaft schwindet, gar die Spaltung droht? Wenn gelingendes Miteinander aller Heranwachsenden als vornehmste Aufgabe einer gemeinsamen Schule für alle nicht gewollt, einem undemokratischen,

ungerechten Hierarchiebedürfnis geopfert wird? Dort könnten ganz nebenbei auch kolportierte nationale Zuschreibungen, alte oder neue, ähnlich wie individuelle Verschiedenheit thematisiert werden.

Mir ist bewusst, dass Thomas Kaspar hier insbesondere und ehrenwerterweise die angemessene Berichterstattung durch Journalist:innen angesichts dramatischer Vorgänge in der Welt im Blick hat – allein: Zu selten erlebe ich solche angemessene Sensibilität für die alltäglichen „Neben“-Wirkungen der Schule.
Gerd-Ulrich Franz, Groß-Umstadt